



## **Demo am 11.02.16 um 15.45 Uhr in Hamburg Innenstadt, Gänsemarkt – Marsch zum CCH Saal 2– dort Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses**

Am 11.02.16 fand am Gänsemarkt eine Demonstration gegen die von Olaf Scholz geplanten Großunterkünfte und für eine maximal dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge statt. Aufgerufen hatten hierzu der Dachverband IFI (Hamburger Initiativen für Integration) und alle ihm angeschlossenen Initiativen. Diesem Aufruf folgten knapp 1000 Unterstützer. Es sprachen Klaus Schomacker (Sprecher IFI Dachverband) und Michael Neumaier (Vorstandsmitglied VIN Rissen).

Der Zug marschierte vom Gänsemarkt zum CCH, um dort an der gesonderten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses teilzunehmen.

### **Hintergrund:**

In mehreren Hamburger Stadtteilen sollen Großunterkünfte für 700 bis zu 4.000 Flüchtlinge errichtet werden. In fast allen betroffenen Stadtteilen haben sich daraufhin Bürgerinitiativen gegründet. Acht von Ihnen haben sich bisher zu einem gemeinsamen Dachverband (IFI) zusammengeschlossen, weitere Initiativen folgen. Alle Initiativen eint, dass sie im Mittelpunkt aller

Bemühungen und Entscheidungen die Integration der Flüchtlinge sehen, nicht nur deren Unterbringung. Deshalb fordern sie grundsätzlich keine Großunterkünfte zu bauen und eine maximal dezentrale Unterbringung zu realisieren. Der Senat nutzt bereits einige kleinere Unterkünfte für Flüchtlinge. Allerdings sollen nach aktueller Planung 80% der Flüchtlinge auf nur 32 Stadtteile verteilt werden. Hamburg hat jedoch 104 Stadtteile. Die Initiativen fordern, dass die Bemühungen, Flüchtlinge dezentral unterzubringen, ernsthaft fortgeführt werden. Die Initiativen erwarten vom Ersten Bürgermeister, dass er damit die Bedingungen herstellt, unter denen nicht nur eine Unterbringung, sondern vor allem die Integration der Flüchtlinge möglich ist.

Olaf Scholz hatte in einem Interview vom 08.02. bei NDR 90,3 erklärt, dass er gerne eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge hätte, aber im Augenblick nicht wisse, wie „es hinzukriegen“ sei. Er signalisierte Gesprächsbereitschaft, da „nichts alternativlos“ sei und bat um Mithilfe bei der gemeinsamen Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge.

Die Initiativen setzen sich seit Monaten mit der Frage nach einer sozialverträglichen und integrationsfördernden Unterbringung der Flüchtlinge auseinander. Sie wurden aber bisher vom Senat und Erstem Bürgermeister kaum wahrgenommen.

Seit Kurzem bereiten sie eine Volksinitiative vor.

## **Redebeiträge**

Im Rahmen der Sitzung im CCH wurden Vertreter/innen aller Bürgerinitiativen sowie vereinzelte Bürger/ Bürgerinnen gehört.

Im Folgenden stellen wir Ihnen die Kernaussagen der Redebeiträge von Klaus Schomacker und Andreas Büttner (Vorsitzender und Stellvertreter des Dachverbands IFI) sowie einiger Sprecher der Mitglieds-Initiativen vor.

### **Kernaussagen:**

Im Mittelpunkt aller Bemühungen und Entscheidungen muss die **Integration von Flüchtlingen** stehen und **nicht nur deren Unterbringung**. IFI fordert daher eine Abkehr von den großen, gebietsunverträglichen Unterkünften für Flüchtlinge.

Der Senat muss sich mit der Frage auseinandersetzen, **wie Wohnraum geschaffen werden kann, der eine schnelle Integration fördert** und im Einklang mit der Natur und Lebensqualität steht (keine Bebauung von Klimaachsen).

IFI fordert Bürgerbeteiligung – wieder **mehr Demokratie**. Da die Integration der Flüchtlinge vor Ort von den Hamburger Bürgern geleistet wird, brauchen die Bürger ein Mitspracherecht während des gesamten Prozesses. Die Art und Weise, wie Senat und Bezirke in Hamburg versuchen an den

Bürgerinnen und Bürgern vorbei die Unterbringung von Flüchtlingen durchzusetzen, steht in einem nicht zu vereinbarenden Widerspruch zu möglichen Beteiligungsformen und damit - in Konsequenz - zu dem Demokratiegebot des Grundgesetzes.

Die Alternativlosigkeit hinsichtlich des Baus von Großsiedlungen muss in Frage gestellt werden. Der Senat muss gesteigerte Anstrengung zeigen, um **alle erdenklichen Alternativen zum geplanten Ghettobau aufzuzeigen, zu prüfen, umzusetzen.**

Hierzu ist es notwendig,

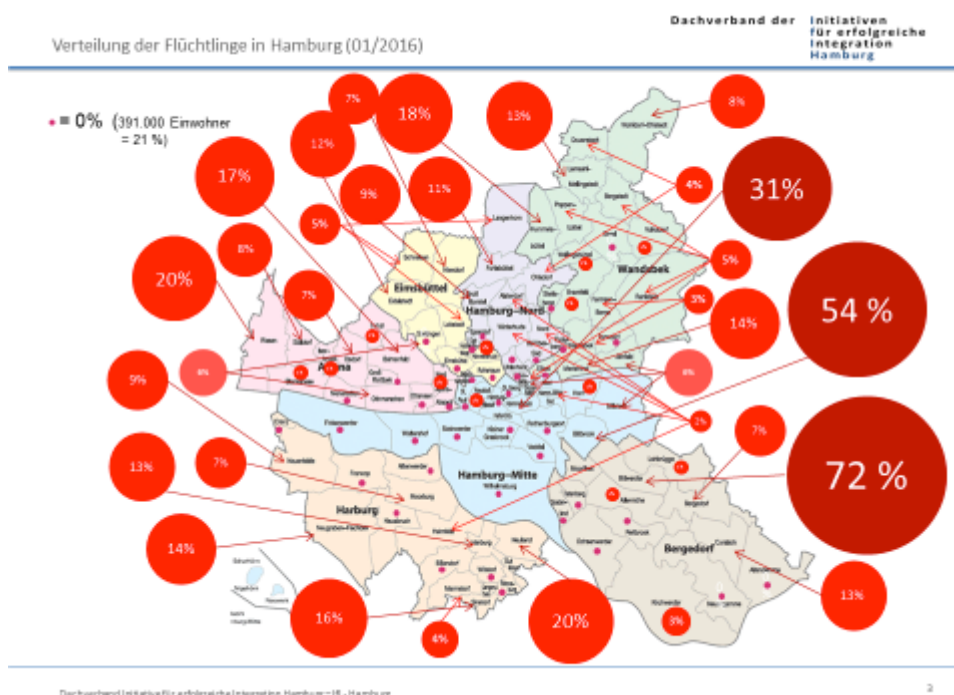
1. alle zum Wohnungsbau geeigneten Flächen aller 7 Bezirke zu kennen und zu prüfen
2. die Flüchtlingsunterbringung in das Hamburger Wohnungsbauprogramm zu integrieren, zu erweitern (Aufstockung der jährlichen Wohnungszahlen) und weiterzuentwickeln
3. kreative Ideen von Stadtentwicklern und von Architekten hinzuzuziehen

IFI fordert den Senat auf, ein **Projektmanagement** ins Leben zu rufen, das kreativ nach Lösungen sucht, dabei Leerstand miteinbezieht und die Leistungsfähigkeit eines Stadtteils berücksichtigt. IFI fordert einen **Hamburger Verteilungs- und Integrationsschlüssel unter Einbeziehung des Sozialmonitorings** (FAIRteilung)

IFI fordert den Senat auf, die **Unterstützungsangebote der Bürger** (Flächen, Wohnungen) ernsthaft zu prüfen und in die Planungen einzubeziehen.

#### Anlagen:

**Geplante Verteilung der Flüchtlinge auf Hamburger Stadtteile gemäß offizieller Senatsangaben; bestehende + geplante Standorte; Quelle: <http://www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung-standorte>**



32 von 104 Stadtteile tragen > 80% der Flüchtlinge  
59 von 104 Stadtteile tragen > 100 % der Flüchtlinge



45 von 104 Stadtteile tragen > 0 % der Flüchtlinge

Bei **Initiativen für erfolgreiche Integration in Hamburg** handelt es sich um einen Zusammenschluss von Bürgerinitiativen, die das gemeinsame Ziel verbindet, dass sie sich für integrationspolitisch sinnvolle und nachhaltige Maßnahmen zur Flüchtlingsunterbringung einsetzen. Der Dachverband wurde am 4. Januar 2016 gegründet und hat derzeit 7 Mitglieder.

Sprecher: Klaus Schomacker

[www.ifi-hamburg.de](http://www.ifi-hamburg.de)

Der Verein **Lebenswertes Klein-Borstel e.V.** wurde im September 2015 gegründet, nachdem die Pläne zur Errichtung einer Obdachlosen- und Flüchtlingseinrichtung im Anzuchtgarten in KleinBorstel bekannt wurden. Der Zweck des Vereins ist der Erhalt und die Bewahrung und maßvolle Entwicklung des Ortsteils KleinBorstel als lebenswertes, familienorientiertes, naturnahes Wohn-Quartier am nördlichen Rand des Friedhofs Ohlsdorf. Der Verein hat über 240 Mitglieder. Auf seiner Home-Page [www.lebenswertes-klein-borstel.de](http://www.lebenswertes-klein-borstel.de) informiert er über sein Anliegen.

Vorsitzender: Olaf Peter

[info@lebenswertes-klein-borstel.de](mailto:info@lebenswertes-klein-borstel.de)

[www.lebenswertes-klein-borstel.de](http://www.lebenswertes-klein-borstel.de)

Der Verein **Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt e.V.** wurde als Reaktion auf die sich im Bau befindliche ZEA und die weiterführenden Überlegungen der Stadt Hamburg zur Nutzung weiterer Flächen in Lemsahl-Mellingstedt gegründet. Ziel des Vereins ist der Erhalt eines lebenswerten, freundschaftlichen und durch nachbarschaftlichen Zusammenhalt geprägten Umfelds für seine Anwohner und hier lebende Flüchtlinge. Er fordert eine Miteinbeziehung der Anwohner in Planungen und eine Anwendung des Königsteiner Schlüssels auch auf Stadtteilebene. Weitere Informationen stehen unter [www.lebenswertes-lemsahl.de](http://www.lebenswertes-lemsahl.de) zur Verfügung.

Vorsitzender: Andreas Büttner

[info@lebenswertes-lemsahl.de](mailto:info@lebenswertes-lemsahl.de)

[www.lebenswertes-lemsahl.de](http://www.lebenswertes-lemsahl.de)

Die Bürgerinitiative **VIN-Rissen Vorrang für Integration und Nachhaltigkeit e.V.** wurde Ende Oktober 2015 gegründet. Ziel des Vereins ist es, der vom Hamburger Senat geplanten, ghettoartigen Unterbringung von 4.000 Flüchtlingen ein klares Konzept entgegenzusetzen. Das Konzept basiert auf Integration durch dezentralisierte Unterbringung und fordert Nachhaltigkeit bei allen Maßnahmen. VIN-Rissen hat in der kurzen Zeit seit Gründung bereits über 1400 Unterstützer gewonnen. Auf der Webseite [www.vin-rissen.de](http://www.vin-rissen.de) informiert die Initiative über ihr Konzept.

Vorsitzender: Klaus Schomacker

[kontakt@vin-rissen.de](mailto:kontakt@vin-rissen.de)

[www.vin-rissen.de](http://www.vin-rissen.de)

**Gemeinsam in Poppenbüttel e.V. i.G.** ist eine Initiative von Poppenbüttler Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine nachhaltige und sozialverträgliche Unterbringung von Flüchtlingen in der geplanten Folgeunterkunft Poppenbüttler Berg/Ohlendieck, einsetzt. Die Gründung als Verein steht bevor.

Vorstand: Anja Schümann

[info@gemeinsam-in-poppenbuettel.de](mailto:info@gemeinsam-in-poppenbuettel.de)

[www.gemeinsam-in-poppenbuettel.de](http://www.gemeinsam-in-poppenbuettel.de)

**LOB - Bürgerinitiative für Lurup-Osdorf-Bahrenfeld** bildete sich Anfang Oktober als Reaktion auf den Versuch des Senates, die Bezirksversammlung Altona und vor allem uns Anwohner vor vollendete Tatsachen zu stellen. So sollten anfangs 3000, später dann 1000 Menschen in Containern im Lise-Meitner-Park untergebracht werden. Die Integration einer so großen Anzahl von Menschen ist hier nicht möglich, zumal sich im Radius von 2 km zusätzlich Unterkünfte für ca. 6500 Geflüchtete befinden und der Migrationsanteil bereits weit über dem Hamburger Durchschnitt liegt.

Sprecherin: Christine Hinz

[Initiative-LOB@gmx.de](mailto:Initiative-LOB@gmx.de)

Die **Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!** wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Bis heute haben sich über 1200 Neugraben-Fischbeker Bürger als Unterstützer der BI erklärt und es werden stetig mehr. Die Zustimmung auf den Straßen und Plätzen zeigt, dass unser Ansatz, den politischen Dialog zu führen, im Sinne der Bürger ist. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integrationspolitik zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an.

[mitmachen@binf-online.de](mailto:mitmachen@binf-online.de)

[www.binf-online.de](http://www.binf-online.de)

Die Bürgerinitiative **Integration Ja! – Ghetto Nein!** ist ein freier Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern aus Billwerder, Allermöhe sowie angrenzender Stadtteile des Bezirkes Bergedorf. Die Gründung erfolgte im Oktober 2015, nachdem sich die Pläne für die Großunterkunft im Gleisdreieck Billwerder vom Hamburger Senat konkretisiert haben. Geplant ist der Bau von 800 Wohnungen für bis zu 4000 Flüchtlinge. Bei einer Anzahl von nur 250 direkten Nachbarn und 1400 Anwohner im gesamten Stadtteil wird die Integration nicht gelingen sondern führt zu einem Wohnghetto. Die BI lehnt daher diese Großunterkunft ab und fordert stattdessen eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in deutlich kleinere Wohn-Quartiere, gerecht verteilt auf alle Stadtteile Hamburgs. Zudem stellt das Gleisdreieck einen wichtigen Biotopverbund der beiden Naturschutzgebiete Boberger Niederung und Die Reit dar. Eine Bebauung dieser Fläche würde die Natur nachhaltig schädigen. Wir fordern eine maßvolle Entwicklung des Stadtteils Billwerder unter Einbeziehung der Bürger vor Ort. Mehr als 300 Bürger in den genannten Stadtteil unterstützen uns.

*Ziel der Initiative „**Hummelsbütteler Feldmark**“ ist der möglichst weitgehende Erhalt des landwirtschaftlich genutzten Landschaftsschutzgebietes als ausgewiesenen Klimakorridor. Das wird nur möglich sein bei einer wesentlichen Verkleinerung der zu bebauenden Fläche. Gleichzeitig bietet die damit gegebene Verringerung der Belegungsanzahl den freiwilligen Helfern bessere Chancen zu effektiver Integrationsarbeit. Die Initiative fordert die Einbeziehung der Anwohner in die Planungen und eine Anwendung des Königsteiner Schlüssels auch auf Stadtteilebene.*

[www.feldmark.info](http://www.feldmark.info)